

Zur Person

Glücksbotin

Durch ihre sozialen Projekte ist **Angela Jacobi** zu einer wichtigen Hilfe für die Menschen in Kalkutta geworden. 2006 beschloss sie, auch in Birma aktiv zu werden. Derzeit unterstützt die Oberschwäbin aus Staig (Landkreis Ravensburg) birmanische Familien mit Geldspenden, sodass diese sich ein Schwein kaufen können.

Als Angela Jacobi 1997 das erste Mal nach Kalkutta gereist ist, ahnte sie nicht, welch einschneidendes Erlebnis dies für sie sein würde. Denn das Elend der Straßenkinder dort, bewegte sie zum Handeln. Mittlerweile hat die 59-Jährige mehr als tausend Straßenkindern durch Projekte geholfen. Um diese Aktionen besser verwirklichen zu können, gründete sie, zusammen mit ihrem Mann Michael Jacobi, die „Dr. Michael & Angela Jacobi Stiftung“.

Als der Erzbischof von Rangun, Charles Maung Bo, sie bei einem Besuch in Kalkutta auf die Missstände in Birma aufmerksam machte, wollte Angela



Hilft Bedürftigen in Indien und Birma: Angela Jacobi. FOTO: KONI

Jacobi erneut helfen. Seitdem betreut sie auch dort Kinder und Jugendliche. Ihr jüngstes Projekt unterstützt eine Schule in dem südostasiatischen Land, das gerade versucht, sich gegenüber dem Westen zu öffnen. Noch heute, nach der sogenannten Wende, sind 70 Prozent der Jugendlichen arbeitslos, da ihnen die Möglichkeit für Schul- und Ausbildung verwehrt ist.“, meint Jacobi im Gespräch mit der Schwäbischen Zeitung.

Ihr Projekt basiert darauf, dass ein Schwein eine birmanische Familie ernähren kann. Die Familien können die Ferkel des Schweins verkaufen, um so die Schule für ihre Kinder zu bezahlen. Als Unterstützung kann man ein silbernes Glücksschwein und eine Glücksschweinurkunde für 25 Euro erwerben, den Preis für ein Schwein in Birma. Jedes Glücksschwein steht also für das Überleben und das Glück einer Familie in Burma. Angela Jacobi und ihr Mann verkauften bereits 222 Schweine, 500 sind das Ziel. Für ihre sozialen Leistungen erhielt sie die „Goldene Bild der Frau“. Laura Brandt

Brüssel rügt Sprachtests

BRÜSEL (dpa) - Wegen Sprachtests für Ausländer bekommt die Bundesregierung Ärger mit Brüssel. Die EU-Kommission hat ein Verfahren wegen Verletzung europäischen Rechts gegen Deutschland eröffnet, wie die Behörde am Mittwoch bestätigte. Wenn Nicht-Europäer zu ihren Ehepartnern nach Deutschland ziehen wollen, müssen sie Deutschkenntnisse nachweisen. Gefordert seien Sprachkenntnisse auf niedrigstem Niveau, schreibt die Bundesregierung im Internet.

Nach Ansicht der EU-Kommission verstößt diese Regelung gegen europäisches Recht. Das deutsche Gesetz lasse mit seinen pauschalen Sprachanforderungen nicht genug Raum für Entscheidungen je nach Einzelfall, erklärte die Behörde. Es sei unverhältnismäßig. Berlin sieht sich jedoch im Recht.

Wenn sich die EU-Kommission und Deutschland nicht einigen, droht am Ende eines mehrstufigen Verfahrens eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof und möglicherweise auch eine Geldbuße.



Wohlüberlegte Selbstverteidigung: Acht Stunden lang gab Minister Thomas de Maizière (CDU) im Drohnen-Untersuchungsausschuss Auskunft. FOTO: DPA

Zum Abschluss eine Prise Selbstkritik

Verteidigungsminister de Maizière räumt ein, früher von Problemen gewusst zu haben

Von Sabine Lennartz

BERLIN - Er sei davon überzeugt, dass er alle Irritationen und Missverständnisse ausräumen konnte, sagt Verteidigungsminister Thomas de Maizière zum Abschluss der Zeugenvernehmung im Euro-Hawk-Untersuchungsausschuss. Fast acht Stunden hat er Auskunft gegeben. Er ist am Ende zufrieden, die Opposition nicht.

Es sollte der große Auftritt werden. Doch da sitzt er nun. Überwiegend entspannt tritt Thomas de Maizière nach wochenlangen Auseinandersetzungen um den Euro Hawk vor den Untersuchungsausschuss. Im Raum steht der Vorwurf der Opposition, er habe von dem drohenden Desaster wissen müssen, es vorher stoppen müssen. Doch de Maizière hat sich immer wieder auf seine Verteidigungslinie, er sei nicht umfassend von seinen Leuten informiert worden, zurückgezogen. Ihm seien die Probleme immer lösbar dargestellt worden.

Sein getreuer Staatssekretär Stéphane Beemelmans hatte am Tag zuvor die Verantwortung dafür übernommen, dass der Minister erst am 13. Mai dieses Jahres mit dem Euro-Hawk-Debakel ausführlich befasst wurde. „Die Verantwortung trage ausschließlich ich“, hatte er wiederholt gesagt. Schon da konnte die Opposition ihre Hoffnung begraben, dem angeschlagenen Minister den entscheidenden Stoß versetzen zu können, um ihn zum Rücktritt zu bewegen.

31 Seiten Stellungnahme

Jetzt aber de Maizière selbst. Eine Stunde lang trägt er seine wohlüberlegte Selbstverteidigung vor, als einleitende Stellungnahme. Auf 31 Sei-

ten hat er festgehalten, was schlief (genetischer Geburtsfehler des Projekts), was er selbst verbockte (eigentlich nichts) und was man aus dem Desaster lernen kann (besseres Projektmanagement). Eine Prise Selbstkritik ist auch dabei. Er habe dazu beigetragen, den unzutreffenden Eindruck hervorzurufen, als sei er nie über die Probleme informiert gewesen, räumt er ein.

Unter dem Strich aber ändere dies

nichts. Das Projekt zu stoppen sei richtig, denn die Kosten für die Zulassung würden zu hoch. Durch den Abbruch sei kein zusätzlicher Schaden entstanden, sondern Schaden verhindert worden. Als die Leitung des Verteidigungsministeriums im Februar 2012 erstmals über die Probleme unterrichtet worden sei, waren bereits 613 Millionen Euro ausgegeben oder gebunden. 360 Millionen davon seien für das Aufklärungssystem

tem Isis „voraussichtlich sinnvoll investiert“.

Doch im Ausschuss ging es der Opposition auch längst weniger um Sinn und Kosten des Euro Hawk, als vielmehr um den Zeitpunkt, ab dem de Maizière Bescheid wusste. Immer wieder hakt die Opposition nach, ob der Minister nicht gelogen habe, als er sagte, er sei erst am 13. Mai dieses Jahres informiert worden. Schließlich hatte de Maizière schon bei seinem Besuch der Firma Cassidian im letzten Dezember ein Papier, in dem auf die großen Schwierigkeiten bei der Zulassung der Drohne hingewiesen wurde. Doch de Maizière unterscheidet fein säuberlich zwischen Informationsvorlagen (die er gehabt hat) und Entscheidungsvorlagen (die er nicht hatte). Natürlich könne ein Minister jederzeit das Projekt an sich ziehen, „aber ich setze auf die fachliche Arbeit der Mitarbeiter meines Hauses“.

Arnold nicht zufrieden

De Maizière sei doch für alles verantwortlich, was in seinem Haus passiert, sagt der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold. Für ihn hat sich der Minister weiter in Widersprüche verwickelt. Nur ein neuer Ressortchef sei in der Lage, dieses schiefgelaufene Projekt auf neues Gleis zu setzen und die Bundeswehrreform so nachzusteuern, dass sie nicht auf den Schultern der Soldaten ausgegossen wird.

Der Grüne Omid Nouripur spottet, de Maizière sei vom Musterknauben zum Sorgenkind des Kabinetts geworden. Dass Angela Merkel sich aber von ihrem Sorgenkind trennt, das glaubt zum Ende des Ausschusses nicht einmal mehr die Opposition.

Kommentar

Von Sabine Lennartz

Am Ende fliegt nichts

Was bleibt am Ende der Zeugenvernehmung?

Millionen Euro wurden für eine Drohne verplempert, die nie fliegen wird. Doch verantwortlich dafür zeichnet keiner. Es wird kein Staatssekretär entlassen, erst recht kein Minister. Zu viele Vorgängerregierungen waren schon mit dem Euro Hawk befasst. Es sollte ein mutiges Verteidigungsprojekt werden, Neuland wurde beschritten. Ein Teil des Projekts, das Aufklärungssystem Isis, soll jetzt wenigstens gerettet werden. Doch auch das erscheint noch wie Augenwischerei, denn ein anderes Trägersystem muss erst entwickelt werden. Das braucht wieder etliche Jahre, bis es eingesetzt werden könnte, sagen die Experten. In Untersuchungsausschüssen geht es in



Wahlkampfzeiten hart zu. Am Ende aber konnte keiner mit dem Euro Hawk so recht punkten. Der Opposition gelang es nicht, de Maizière als Lügner zu überführen. De Maizière

wiederum gelang es genauso wenig, sich überzeugend herauszureden. Wann er genau wie informiert wurde, das blieb diffus. Denn der Minister unterscheidet fein säuberlich zwischen Informations- und Entscheidungsvorlagen. Damit präsentierte er sich nicht gerade als starker Minister. Von Merks einstigem Hoffnungsträger, vom dem Mann, den viele für den Reservkanzler hielten, bleibt nun das Bild eines akribischen Beamten übrig, der nur auf Entscheidungsvorlagen reagiert.

s.lennartz@schwaebische.de

Neue Vorwürfe gegen US-Geheimdienst

Dokumente belegen unbegrenzten Online-Zugang

LONDON (dpa) - Ein neues Dokument des Informanten Edward Snowden untermauert den Vorwurf, dass der US-Geheimdienst NSA praktisch unbegrenzten Zugriff auf Internetdaten der Menschen weltweit habe. Die britische Tageszeitung The Guardian veröffentlichte am Mittwoch eine NSA-Präsentation, laut der Mitarbeiter über ein Programm namens „XKeyscore“ Zugriff auf gewaltige Datenmengen haben. Dieses Programm tut auch das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz teilweise ein.

Keine Zustimmung nötig

Geheimdienstmitarbeiter können dem Dokument von 2008 zufolge in den „enormen Datenbanken“ der NSA nach Namen, E-Mail-Adressen, Telefonnummern und Schlagworten suchen. Ein Beispiel aus den Unterlagen zeigt eine Suchanfrage nach Unterhaltungen eines Nutzers im Online-Netzwerk Facebook. Für die einzelnen Anfragen bräuchten die Geheimdienstler keine gesonderte Zustimmung eines Richters oder eines anderen NSA-Mitarbeiters, schreibt der Guardian.

Einer weiteren Präsentation zufolge könne der US-Geheimdienst auf „fast alles, das ein typischer Nutzer im Internet tut“ zugreifen:

E-Mails, Suchanfragen und Verbindungsdaten von Millionen Menschen. Der Einsatz des System habe bis 2008 zur Ergreifung von 300 Terroristen geführt, heißt es.

Sogar Beobachtung in Echtzeit

Snowden, der als Angestellter einer anderen Firma bei der NSA im Einsatz war, hatte bereits Anfang Juni in seinem ersten Interview behauptet, er habe praktisch jeden Internetnutzer belauschen können. „Ich an meinem Schreibtisch hatte die Berechtigungen, jeden anzuzapfen – Sie, Ihren Buchhalter, einen Bundesrichter oder den Präsidenten, wenn ich eine private E-Mail-Adresse hätte“, sagte er. Diese Möglichkeiten waren von US-Offiziellen dementiert worden.

Auch die Beobachtung der Internetaktivität einzelner Menschen in Echtzeit sei mit „XKeyscore“ möglich. Inhalte der Kommunikation würden für drei bis fünf Tage gespeichert, Verbindungsdaten für 30 Tage.

Die Präsentation stammt wie vorige Veröffentlichungen aus dem Bestand von Snowden. Diesmal stellte der Guardian allerdings den kompletten Schriftsatz ins Netz. Einige Seiten wurden geschwärzt, weil sie Details zu konkreten Geheimdienst-einsätzen enthielten, die man nicht verraten wolle.

Manning-Schuldspruch weckt Sorgen

Beobachter fürchten um die Zukunft des investigativen Journalismus

Von Johannes Schmitt-Tegge

WASHINGTON (dpa) - Geradezu harmlos wirkte der kleine Bradley Manning, als er von stämmigen Soldaten in den Gerichtssaal eskortiert wurde. Mit jungenhaftem Lächeln spazierte der 25-Jährige zwischen einem halben Dutzend kräftiger Soldaten in Fort Meade seinem Schuldspruch entgegen. Die schwer bewaffneten Männer überragten ihn, seine marineblaue Paradeuniform wirkte zu groß, die Hose schlackerte. Irgendwie schien alles eine Nummer zu groß zu sein für den schmächtigen Obergefreiten – so auch die gewaltige Menge an vertraulichen Dokumenten, die er enthüllt hat, und die ihn für Jahrzehnte hinter Gitter bringen könnten.

Doch nicht nur für Manning selbst dürfte der Schuldspruch von Richter Denise Lind weitreichende Folgen haben. Weltweit fand das Militärverfahren gegen Manning Beachtung, viele Juristen und Journalisten warnten vor der einschüchternden Wirkung des Richterspruchs aus Fort Meade – allen voran für Whistleblower, wie die Enthüller genannt werden, die oft streng vertrauliche Informationen ans Licht der Öffentlichkeit bringen und so versuchen, Debatten anzustoßen oder Missstände aufzudecken.

Der lange Arm der US-Justiz dürfte sich damit noch etwas weiter nach



Er hat auch Unterstützer in den USA: Bradley Manning, dem nach dem Schuldspruch viele Jahre Haft drohen. FOTO: AFP

Wikileaks-Chef Julian Assange ausgestreckt haben. Dass Assange bald als „Mitverschwörer“ auf der Anklagebank sitzen könnte, vermutet jedenfalls dessen Anwalt Michael Ratner. Und auch Edward Snowden, der von den USA wegen Geheimnisverrats gejagt wird, dürfte bei einem Prozess als Spion angeklagt werden, vermuten Beobachter.

Doch hinter dem Trio Assange, Manning, Snowden folgen in zweiter und dritter Reihe weitere Enthüller, die zwar im kleineren Stil Informationen öffentlich machten, aber

Kurz berichtet

Regierung will Protestcamps in Kairo räumen lassen

KAIRO (dpa) - Die ägyptische Übergangsregierung hat am Mittwoch das Innenministerium dazu ermächtigt, zwei Protestcamps der Anhänger des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi in Kairo zu räumen. Die Dauerproteste der Islamisten bei einer Moschee in der Vorstadt Nasr City sowie vor der Universität Kairo stellten eine „Gefahr“ für die Öffentlichkeit dar, hieß es in dem Kabinettsbeschluss. Der Innenminister wurde aufgefordert, „alle nötigen Maßnahmen“ zu ergreifen, um die beiden Protestcamps zu räumen. Wann die Räumung über die Bühne gehen würde, war unklar.

Zahl ziviler Opfer in Afghanistan nimmt wieder zu

KABUL (dpa) - Nach einem Rückgang im vergangenen Jahr ist die Zahl der zivilen Opfer im Afghanistan-Krieg im ersten Halbjahr 2013 wieder deutlich angestiegen. Bis Ende Juni seien 1319 Zivilisten getötet worden, 14 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, teilte die Mission der Vereinten Nationen (Unama) am Mittwoch in Kabul mit. 2533 Unbeteiligte seien verletzt worden (plus 28 Prozent). „Besonders beunruhigend“ sei die stark gestiegene Zahl der Opfer unter Frauen und Kinder.

Flüchtlinge ertrinken vor türkischer Küste

ISTANBUL (dpa) - Vor der west-türkischen Küste sind mindestens 24 Flüchtlinge ertrunken. Die türkische Küstenwache habe zwölf Menschen retten können, nachdem das Boot mit den Migranten in der Nacht zum Mittwoch gesunken war, berichtete die Nachrichtenagentur Anadolu. Unter den Passagieren seien Iraner, Pakistaner, Syrer und Afghanen gewesen. 24 Leichen seien geborgen worden, darunter auch die von Kindern.

Waffeninspektoren prüfen Einsatz von Chemiewaffen

NEW YORK (dpa) - Nach langem Widerstand hat der syrische Machthaber Baschar al-Assad eingewilligt, UN-Waffeninspektoren zur Prüfung von Vorwürfen zum Einsatz von Chemiewaffen ins Land zu lassen. Die Mission werde „so bald wie möglich nach Syrien reisen, um gleichzeitig drei der berichteten Vorfälle zu untersuchen“, sagte UN-Sprecher Martin Nesirky am Mittwoch in New York. Insgesamt liegen der UNO 13 Berichte zum mutmaßlichen Einsatz der Waffen vor.

durch den Schuldspruch dennoch abgeschreckt sein dürften. Zudem ruft der Fall Manning Erinnerungen wach an das Spionageverfahren gegen Daniel Ellsberg, der Anfang der 1970er-Jahre für Aufsehen sorgte: Er brachte geheime Pentagon-Papiere an die Öffentlichkeit und enthüllte damit Verbrechen des Vietnamkriegs. Assange-Anwalt Ratner machte in einem Interview deutlich, dass dem Richter während des Verfahrens der Posten als Direktor der Bundespolizei FBI angeboten wurde.

Abschreckendes Beispiel

Die Juristen Floyd Abrams und Yochai Benkler warnen in einem Gastbeitrag für die New York Times vor der abschreckenden Wirkung des Manning-Schuldspruchs für Enthüller, Informanten und den investigativen Journalismus: „Wer die Pressefreiheit schützt, sollte zittern angesichts der Gefahr, die die Theorie der Staatsanwaltschaft für Journalisten, deren Informanten und die darauf angewiesene Öffentlichkeit darstellt.“

Nicht nur beim Whistleblowing im großen Stil wie bei Manning, der auf einen Schlag Tausende Informationen enthüllte, könnten weitreichende Konsequenzen drohen. Stattdessen könnte jede Weitergabe von Dokumenten, die die nationale Sicherheit der USA betreffen, die Todesstrafe oder lebenslange Haft nach sich ziehen.